

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Slowenien

Petelin, Sascha

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Petelin, S. (1997). *Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Slowenien*. (Berichte / BIÖst, 35-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43123>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Vorbemerkung.....	7
Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts	7
Umgang mit Unterlagen der Geheimdienste und der herrschenden kommunistischen Partei	12
Weiterbeschäftigung von Funktionären der früheren Kommunistischen Partei im öffentlichen Dienst und im Wissenschaftsbereich.....	13
Rezeption der Vergangenheitsbewältigung in der Bevölkerung, in den Medien und in der Wissenschaft.....	14
Kultur des Gedenkens	15
Einschätzung der Nachfolgeparteien des Bundes der Kommunisten Sloweniens	17
Summary	19

10. Juli 1997

Im Rahmen eines Projekts der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit" entstand der vorliegende Bericht aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

Der Verfasser ist Mitarbeiter der Deutschen Welle Köln.

Redaktion: Heinz Brahm/Dieter Bingen

Sascha Petelin

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Slowenien

Bericht des BIOst Nr. 35/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Fünf Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung hat die Republik Slowenien ihre kommunistische Vergangenheit noch nicht bewältigt. Die kommunistischen Nachkriegsverbrechen sind nicht gesühnt, die Wiedergutmachung kommunistischen Unrechts kommt nicht voran, der nach dem Zweiten Weltkrieg beschlagnahmte Privatbesitz wird den ehemaligen Eigentümern nur zögernd zurückgegeben, das ehemalige gesellschaftliche Eigentum wird "wild" privatisiert, die Archive der ehemaligen Geheimdienste und des ehemaligen Bundes der Kommunisten Sloweniens sind schwer zugänglich, das besonders belastende Archivmaterial wurde vernichtet.

Der Autor kennt fast alle maßgebenden slowenischen Politiker, Wirtschaftler, Gewerkschaftler, Diplomaten, Journalisten und Intellektuelle persönlich. Öffentliche Äußerungen dieser Personen, vor allem deren Wahl in bestimmte Positionen, lassen gewisse Rückschlüsse zu. Will man die Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit in Slowenien zumindest teilweise ausleuchten, so ist man in erster Linie auf Leserbriefe angewiesen, die von Zeitungen veröffentlicht werden. Weitere Zeitzeugen sind unbelastete Politiker, die sich als Parlamentarier mit der Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit in Slowenien beschäftigen. Einiges erfährt man auch von verschiedenen Verbänden, in denen sich die Opfer der kommunistischen Willkür zusammengefunden haben.

Ergebnisse

Eine strafrechtliche Verfolgung kommunistischen Unrechts hat in der Republik Slowenien bis heute nicht stattgefunden. Es gab zwar Verfahren gegen "unbekannte Täter", aber sie endeten in der Sackgasse und führten bisher zu keinem Gerichtsverfahren. Grund dafür sind unklare Rechtsnormen, vor allem aber die Entschlossenheit der Justiz, diese Straftaten nicht zu behandeln.

Ein Gesetzesentwurf über die Wiedergutmachung kommunistischen Unrechts, eingebracht von der Slowenischen Volkspartei, wurde im Parlament in der zweiten Lesung von der neokommunistischen Seite zurückgewiesen. Ein von der Regierung vorgelegter Gesetzesentwurf zum selben Thema, würde, sollte er angenommen werden, den politisch Verfolgten außer der Anerkennung ihres Status nichts bringen.

Die dreijährige Arbeit der parlamentarischen Kommission zur Aufklärung der kommunistischen Verbrechen an den eigenen Landsleuten in den ersten Nachkriegsjahren hat zu keinen Resultaten geführt. Die Täter sind bekannt, aber zu einem Gerichtsverfahren ist es bisher nicht gekommen.

Von dem einst beschlagnahmten Privatvermögen befinden sich erst 20% wieder in den Händen der rechtmäßigen Eigentümer.

Die ehemaligen Kommunisten, die sich in den Nachfolgeparteien des Bundes der Kommunisten Sloweniens verstecken, haben heute wieder das Sagen in Slowenien. Bei der Wende stand in Slowenien keine neue Generation zur Verfügung, die die alten Kader hätte ersetzen können. Ein großer Bluff war der letzte Parteikongreß des Bundes der Kommunisten Sloweniens im Dezember 1989. Auf diesem Kongreß haben die slowenischen Kommunisten "den Abgang von der Macht" beschlossen, um die Macht zu behalten - eine unglaubliche Ironie der Geschichte.

Obwohl die slowenischen Kommunisten die politische Macht behalten haben, hat sich die slowenische Gesellschaft dennoch demokratisiert. Der öffentliche Dienst ist weitgehend depolitisiert. Bei den Kommunalwahlen im Dezember 1995 siegten durchweg die Parteien des sogenannten "slowenischen Frühlings", also Parteien, die bei den ersten demokratischen Parlamentswahlen in Slowenien im April 1990 siegreich waren.

Das Vermögen des ehemaligen Bundes der Kommunisten Sloweniens und seiner Organisationen befindet sich nach wie vor in kommunistischer Hand. Ein Gesetzesentwurf über die Verstaatlichung dieses Vermögens wurde im Parlament zurückgewiesen.

Die Archive der ehemaligen Geheimdienste sind nur teilweise erhalten. Vernichtet wurden vor allem Dokumente über Nachkriegsliquidierungen und Massengräber. Das Archiv des ehemaligen Bundes der Kommunisten Sloweniens wurde dem Slowenischen Staatsarchiv übergeben. Die Verwaltung dieses Archivmaterials liegt allerdings in den Händen derjenigen, die dieses Archivmaterial schon in der Zeit des kommunistischen Regimes verwalteten.

Die ehemaligen kommunistischen Funktionäre werden in Slowenien auch heute weiterbeschäftigt. Viele davon sind in Spitzenpositionen: Der Staatspräsident, der Ministerpräsident, der Präsident des Staatsrates (zweite Parlamentskammer) sind ehemalige Kommunisten. Viele sind im diplomatischen Dienst, in den Ministerien, in der Justiz, in der Wirtschaft, im Polizeidienst, beim Militär, in den Gewerkschaften und in den Medien.

Die slowenische Bevölkerung hat zur kommunistischen Ära ein gespaltenes Verhältnis. Meinungsumfragen (auf die aber in Slowenien kein Verlaß ist) zeigen, daß drei Viertel der Slowenen meinen, daß es sich hierbei um keine besonders gravierenden Probleme handele. Wichtiger seien soziale und wirtschaftliche Probleme, mit denen sich Slowenien zur Zeit beschäftigt.

Das Verhältnis der Medien zum kommunistischen Unrecht ist unterschiedlich. Die Mehrheit der Medien ist auf der Regierungslinie. Das bedeutet, daß die Beschäftigung mit der Vergan-

genheit für diese Medien nicht besonders wichtig ist. Es gibt aber vereinzelt auch Medien, die für diese Problematik mehr Verständnis zeigen.

Das Verhältnis der Medien zur kommunistischen Vergangenheit und zu den kommunistischen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren zeigt sich vor allem in der Berichterstattung über neuentdeckte Massengräber oder im Anbringen von Gedenktafeln und in sonstigen Feiern zum Gedenken an die Opfer der kommunistischen Willkür. Dies wird von den Medien in der Regel ignoriert.

Die nationale Versöhnung hat in Slowenien noch nicht stattgefunden. Die ehemaligen Kommunisten, die heute wieder in Schlüsselpositionen sitzen, haben sich für ihre Untaten und für ihr an den eigenen Landsleuten begangenes Unrecht noch nicht einmal entschuldigt, geschweige denn, daß sie Wiedergutmachung geleistet hätten. Auf der anderen Seite sind die ehemaligen politischen Gefangenen und Lagerinsassen schlecht organisiert und erhalten keine öffentliche Unterstützung oder Hilfe. Die Nachfolgeparteien des Bundes der Kommunisten Sloweniens haben sich zwar verbal von den kommunistischen Verbrechen abgegrenzt, bezeichnen diese aber immer noch als "Fehltritt, Fehler, Amtsmißbrauch und ähnliches". Sie sind nicht bereit, die kommunistische Ideologie, die zu diesen Verbrechen geführt hat, zu verurteilen. Und sie sind nicht bereit, weder moralisch noch politisch, die Kommunistische Partei Sloweniens zu verurteilen, die für diese Verbrechen politisch und rechtlich verantwortlich war.

Vorbemerkung

Der Republik Slowenien ist es auch fünf Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung (25.6.1991) noch nicht gelungen, sich offen mit ihrer kommunistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Viele kommunistische Spitzenfunktionäre des alten Regimes sitzen heute wieder an den Schalthebeln der Macht, sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft. Die Justiz ist nicht unabhängig, ebensowenig sind es die wichtigsten elektronischen Medien (RTV Slovenija) und die wichtigsten Printmedien. Der nach dem Zweiten Weltkrieg beschlagnahmte Privatbesitz wird den ehemaligen Eigentümern oder deren Erben äußerst zögerlich zurückgegeben. Die Privatisierung des ehemals gesellschaftlichen Eigentums wird als eine sogenannte "wilde Privatisierung" oder auch als der "größte Diebstahl des Jahrhunderts" bezeichnet. Die Wiedergutmachung des kommunistischen Unrechts kommt nicht voran. Die parlamentarische Untersuchung der Nachkriegsverbrechen, durch Kommunisten am eigenen Volk begangen, macht keine Fortschritte. Für das System, das heute in Slowenien hinter den Kulissen die machtpolitischen Fäden zieht, erfand man den Ausdruck "udbomafija". Das Wortungetüm ist zusammengesetzt aus "Udba" (ehemaliger jugoslawischer Geheimdienst) und "Mafia". Es suggeriert, daß in der unabhängigen Republik Slowenien offene Fragen und Probleme nach den Udba- und Mafia-Methoden angegangen und gelöst werden. Slowenien ist noch kein Rechtsstaat.

Allein durch das bisher Geschilderte ergibt sich, daß sich eine Beantwortung der Fragen, wie sie im Fragenraster für dieses Manuskript konzipiert wurden, äußerst schwierig gestaltet. Die meisten Informationen, z.B. über die juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts, aber auch über andere Fragen und Probleme der Vergangenheitsbewältigung erfährt man aus Leserbriefen, die in Zeitungen veröffentlicht werden. Weitere Quellen sind Politiker, von denen man weiß, daß sie niemals dem kommunistischen Regime gedient haben und sich heute als Parlamentarier mit den Problemen der kommunistischen Vergangenheitsbewältigung beschäftigen. Einiges erfährt man auch von verschiedenen Verbänden, in denen sich die Opfer des Kommunismus zusammengefunden haben.

Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts

Eine strafrechtliche Verfolgung kommunistischen Unrechts hat in der Republik Slowenien bis heute noch nicht stattgefunden. Das wird in den meisten Leserbriefen, die in verschiedenen Printmedien abgedruckt worden sind, am meisten beklagt. Die Namen von Personen, die sich der Verbrechen an Landsleuten schuldig gemacht haben, sind in der slowenischen Öffentlichkeit bekannt. Es handelt sich um ehemalige Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei, die während des Zweiten Weltkriegs und in den ersten Jahren nach 1945 als Mitglieder oder als Führungskader von OZNA¹ und KNOJ² Verbrechen an Landsleuten begangen haben.

¹ OZNA - Abteilung für den Schutz des Volkes, tätig während des Volksbefreiungskrieges und in den ersten Jahren nach 1945.

Nach Auskunft von Dr. Jože Pučnik³ gab es zwar einige Verfahren gegen "unbekannte Täter". Diese Verfahren, die regelmäßig in einer Sackgasse enden, haben bisher zu keinem einzigen Gerichtsverfahren geführt. Die Ursache dafür liegt nach Pučniks Darlegung in den unklaren Rechtsnormen, vor allem aber in der festen Entschlossenheit der Justiz, sich dieser Straftaten nicht anzunehmen.

Das slowenische Parlament hat bereits 1995 den Gesetzesentwurf über die Wiedergutmachung des kommunistischen Unrechts behandelt. Der Entwurf wurde von der Vereinigung der Opfer der kommunistischen Gewalttaten formuliert und im Parlament von der Slowenischen Volkspartei (SLS - Slovenska ljudska stranka) eingebracht. Über diesen Entwurf wurde lange und kontrovers gestritten. In der zweiten Lesung wurde der Entwurf von der neokommunistischen Seite des Parlaments abgelehnt. Den neokommunistischen Flügel im slowenischen Parlament bilden folgende Parteien: Vereinte Liste der Sozialdemokraten (ZLSD), die Liberale Demokratie Sloweniens (LDS) und die Slowenische Nationalpartei (SNS). Im Herbst 1995 legte die Regierung einen eigenen Gesetzesentwurf zur Wiedergutmachung kommunistischen Unrechts vor, der nach zwei Lesungen gebilligt wurde. Die dritte Lesung fand vor den Parlamentswahlen am 10. November 1996 nicht mehr statt und wurde auch nach den Wahlen bisher nicht wieder eingebracht. Der Gesetzesentwurf der Regierung ist unzulänglich, weil er die Höhe der Wiedergutmachung ausläßt und diese einem anderen Gesetz überläßt, nämlich dem "Gesetz über den Wiedergutmachungsfonds", das aber im Parlament noch gar nicht eingebracht ist. Auch wenn der Gesetzesentwurf der Regierung angenommen wird, dürfte er kaum etwas bewirken. Die politisch Verfolgten werden ihren Status zwar anerkannt bekommen, allerdings ohne jegliche Folgewirkungen. Diese Aufgabe wird wohl das neue Parlament bewältigen müssen.

Dr. Jože Pučnik ist auch der Vorsitzende der Parlamentskommission zur Aufklärung der Nachkriegsmassaker in Slowenien, von Kommunisten an eigenen Landsleuten begangen, und der rechtlich zweifelhaften Gerichtsverfahren, die in den ersten Jahren nach 1945 in Slowenien stattgefunden haben. Nach dreijähriger Arbeit legte Pučniks Kommission am 24. September 1996 einen Zwischenbericht vor. Eigentlich sind es zwei Zwischenberichte, wie die slowenische Zeitung "Slovenec" am 25. September 1996 meldete. Den ersten sogenannten offiziellen Zwischenbericht legte Miran Potrč, Abgeordneter der "Vereinten Liste der Sozialdemokraten" und Mitglied der Pučnik-Kommission, vor. Allein dies ist ein Unding. Wie ist es möglich, daß ein offizieller Zwischenbericht von einem einfachen Mitglied einer Kommission vorgelegt wird und nicht von dem Vorsitzenden dieser Kommission oder zumindest in seinem Namen? Und wie ist es möglich, daß dieser von einem einfachen Kommissionsmitglied vorgelegte "offizielle" Zwischenbericht auch noch von der Mehrheit der Kommissionsmitglieder unterstützt wird, so daß sich der Kommissionsvorsitzende Dr.

² KNOJ - Korpus der nationalen Verteidigung Jugoslawiens, tätig während des Volksbefreiungskrieges und in den ersten Jahren nach 1945.

³ Dr. Jože Pučnik - sozialdemokratischer Abgeordneter im slowenischen Parlament und Vorsitzender der parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Nachkriegsverbrechen.

Jože Pučnik genötigt sah, seinen eigenen Zwischenbericht vorzulegen, für den er allerdings keine Unterstützung bei der Mehrheit der Kommissionsmitglieder fand?

Die Zwischenberichte, von Miran Potrč und Dr. Jože Pučnik vorgelegt, unterscheiden sich wesentlich. Der neokommunistische Abgeordnete Potrč wälzt die rechtliche und die moralische Verantwortung für die Nachkriegsmassaker auf die ehemalige jugoslawische Staatsmacht und deren staatsrechtliche Vorgänger ab. Er lehnt auch jegliche moralische Schuld auf der Grundlage der Zugehörigkeit (der Opfer und der Täter) zu der einen oder der anderen Seite ab.

Anders Dr. Pučnik. Für ihn steht fest, daß es die damalige Staatsmacht zuließ, daß parastaatliche Organisationen (OZNA, KNOJ, aber auch die Kommunistische Partei Sloweniens) Massaker anordneten und sie ausführten, und zwar an den zuständigen Staatsorganen vorbei. Für Dr. Pučnik und jene Kommissionsmitglieder, die ihn unterstützten, steht ebenfalls fest, daß die Rolle der jugoslawischen und der slowenischen Kommunistischen Partei bei den Massenhinrichtungen in den ersten Nachkriegsjahren "offensichtlich und bewiesen" ist und daß es zwischen der jugoslawischen und der slowenischen OZNA bezüglich der Massenhinrichtungen keine Meinungsverschiedenheiten gab. Zumindest, so Dr. Pučnik, sind sie anhand der verfügbaren Dokumente nicht feststellbar. So wie es wahrscheinlich ist, daß der allgemeine Befehl für Massenliquidierungen aus Belgrad kam, so ist auch offensichtlich, daß Karstgruben und andere Plätze der Massenhinrichtungen nicht in Belgrad ausgesucht wurden. Das, so Dr. Pučnik, war "der schöpferische Beitrag" der slowenischen OZNA zum Projekt der jugoslawischen Kommunistischen Partei, das in Slowenien von der slowenischen Kommunistischen Partei durchgeführt wurde.

Angeichts der bevorstehenden Parlamentswahlen schlug der neokommunistische Abgeordnete Potrč vor, seinen mehrheitlich angenommenen Zwischenbericht der Pučnik-Kommission als den "offiziellen Bericht" der Kommission vorzulegen. Dieser Vorschlag wurde sogar von denjenigen Kommissionsmitgliedern abgelehnt, welche die Potrč-Version des Zwischenberichts unterstützt hatten. Die Annahme des Vorschlags hätte nämlich bedeutet, daß sich das neue Parlament mit der Frage der kommunistischen Nachkriegsverbrechen an mindestens 15.000 Personen nicht mehr zu beschäftigen brauchte.

Die von Dr. Jože Pučnik geführte Parlamentskommission hat inzwischen einen Bericht vorgelegt, allerdings nur für den ersten Teil der Problematik, nämlich für die Massenliquidierungen in Slowenien nach dem Zweiten Weltkrieg. Die beiden anderen Teile: "Rechtlich zweifelhafte Gerichtsverfahren" und "Verstaatlichungen, Auswanderung von Slowenen, Rehabilitierung der Opfer kommunistischen Unrechts", sind nicht fertiggeworden. Der Bericht (70 Seiten lang und beim "Državni zbor" – Slowenisches Parlament – erhältlich) ist vom Parlament bis heute (Sommer 1997) noch nicht angenommen worden.

Bis heute gab es weder eine Rehabilitierung der Opfer des Kommunismus, noch hat eine Wiedergutmachung stattgefunden. Beides wird erst dann möglich, wenn vom Parlament das "Gesetz über die Rehabilitierung der Opfer kommunistischen Unrechts" und das "Gesetz über den Wiedergutmachungsfonds" verabschiedet werden. "Das Gesetz über die Rehabilitierung der Opfer kommunistischen Unrechts" befindet sich im Parlament in der dritten Lesung. Da in der

Republik Slowenien am 10. November 1996 Parlamentswahlen stattfand, konnte sich das Parlament erst in der neuen Legislaturperiode mit diesem Gesetz beschäftigen. Das "Gesetz über den Wiedergutmachungsfonds" wurde auch im neuen Parlament noch nicht eingebracht.

All jene Slowenen, deren Privatvermögen und Privateigentum nach dem Zweiten Weltkrieg von den kommunistischen Machthabern beschlagnahmt worden waren, gründeten nach der slowenischen Unabhängigkeitserklärung 1991 eine "Vereinigung der Eigentümer des enteigneten Vermögens Sloweniens". Diese Vereinigung beklagt eine unzufriedenstellende Durchführung des vom Parlament der Republik Slowenien im November 1991 verabschiedeten Reprivatisierungsgesetzes. Vier Jahre nach der Verabschiedung dieses Gesetzes befinden sich erst 20% des einst beschlagnahmten und danach verstaatlichten Privatvermögens in den Händen der ursprünglichen Eigentümer. Die Rechte der einstigen Eigentümer sind sowohl durch die Verfassung als auch durch das Denationalisierungsgesetz garantiert. Die Praxis zeigt jedoch, daß die einstigen Eigentümer mit ihrer Forderung nach der Rückgabe ihres rechtmäßigen Eigentums sowohl auf lokaler als auch auf staatlicher Ebene auf Widerstand stoßen. Die einstigen Eigentümer haben es bereits ausgerechnet: Von ihren Forderungen werden pro Monat durchschnittlich 3,75 Fälle bearbeitet und Bescheide erteilt. Die bis jetzt eingereichten 3.170 Rückgabeforderungen würden demnach 70 Jahre Bearbeitungszeit beanspruchen. Im Gegensatz zu dieser Reprivatisierung verläuft die Privatisierung des ehemals gesellschaftlichen Eigentums zügig. Daß es dabei zu Ungerechtigkeiten kam und immer noch kommt, liegt auf der Hand. Die Direktoren und Manager, die bereits vom kommunistischen Regime in diese Positionen gesetzt worden waren, privatisieren ihre Unternehmen "wild". Aus den Firmen werden "Filetstücke" herausgerissen und in neue Bypass-Unternehmen eingebracht, Firmen werden einfach umbenannt und bekommen über Nacht einen neuen Eigentümer. Manchmal werden auch ausländische Investoren bemüht und Firmen weit unter dem Preis verkauft. Wohin wandert die Differenz zwischen dem gezahlten und dem realen Preis? Bei diesen Privatisierungspraktiken versteht es sich schon fast von selbst, daß nicht gefragt wird, ob das zur Privatisierung anstehende Objekt nicht vielleicht einen rechtmäßigen Eigentümer hat, der ein Recht auf die Rückgabe hat, zumindest aber zu benachrichtigen und zu fragen ist. Typisch hierfür ist der Streit über die Rückgabe des ehemals kirchlichen Eigentums an die katholische Kirche.

Viele, die sich heute in der Republik Slowenien in politischen oder wirtschaftlichen Spitzenpositionen befinden, waren früher Mitglieder in der Kommunistischen Partei. Für einige darf man sagen, daß sie die kommunistische Vergangenheit abgeschüttelt haben und nach dem Vorbild Herbert Wehners Demokraten geworden sind. Die meisten allerdings sind der kommunistischen Ideologie treu geblieben. Das Problem besteht nicht darin, daß diese Leute nicht aus ihrer kommunistischen Haut schlüpfen können oder wollen, sondern darin, daß diese Leute nach wie vor oder schon wieder in der Politik und Wirtschaft und auch in anderen Bereichen das Sagen haben. Die größte Tragik nach der Wende 1990 bestand darin, daß Slowenien keine neue Generation zur Verfügung stand, weil es gar nicht möglich war, sie vorzubereiten, wie es der Erzbischof von Ljubljana, Alojzij Šuštar, einmal ausdrückte. "Es

gab keine anderen Menschen, es waren die gleichen, sie haben den Namen geändert und haben praktisch alles in der Hand behalten."

Die neue Verfassung der Republik Slowenien wurde am 28. Dezember 1991 verabschiedet. Damit ist Slowenien eine parlamentarische Demokratie geworden. Eine besondere Rolle spielt das Verfassungsgericht der Republik Slowenien. Viele vom Parlament verabschiedeten Gesetze werden dem Verfassungsgericht zur Überprüfung vorgelegt, ob sie sich im Einklang mit der Verfassung befinden. In der vorigen Legislaturperiode hat es einige Verfassungsänderungen gegeben. Der italienisch-slowenische Immobilienstreit zwang das slowenische Parlament, die Verfassung, was den Kauf und Besitz von Grund und Boden durch Ausländer angeht, den europäischen Verfassungsnormen anzupassen.

Das slowenische Parlament hat in den vergangenen fünf Jahren mehrere hundert neue Gesetze verabschiedet. Trotzdem sind auch in dem unabhängigen Staat Slowenien immer noch 300 bis 400 Gesetze aus dem zerfallenen Jugoslawien gültig. Ob die alten jugoslawischen Gesetze in dieser Legislaturperiode durch neue ersetzt werden, muß sich erst zeigen.

Die slowenische Armee ist depolitisiert. Seit der Unabhängigkeit des Staates ist der Verteidigungsminister ein Zivilist, im Parlament hat sich nach den Wahlen 1992 ein Verteidigungsausschuß konstituiert. Das slowenische Verteidigungsministerium pflegt enge Kontakte mit dem deutschen und dem amerikanischen Verteidigungsministerium, slowenische Offiziere nehmen regelmäßig an Ausbildungsprogrammen der Bundeswehr und des Pentagon teil, Slowenien wirkt in der "Partnerschaft für den Frieden" mit und erhoffte sich, unter den ersten ehemals sozialistischen Staaten zu sein, die in die NATO aufgenommen werden.

Der slowenische öffentliche Dienst dürfte mehr oder weniger depolitisiert sein. Der Begriff "depolitisiert" soll hier dergestalt verstanden werden, daß die ehemalige Nomenklatur nicht mehr allein darüber befindet, wer im öffentlichen Dienst welchen Posten bekommt. Bei den Kommunalwahlen im Dezember 1995 siegten die demokratischen Parteien, die Nachfolgeparteien der ehemaligen Kommunisten wurden auf die Plätze verwiesen. In die lokalen Verwaltungen und somit in den öffentlichen Dienst zog damit ein anderer, frischerer Wind ein. Das bedeutet allerdings nicht, daß auf der lokalen Ebene hie und da nicht auch ein ehemaliger Kommunist auf einen Führungsposten gewählt worden ist. Aber im Gegensatz zu früheren Zeiten ist er einer demokratischen Kontrolle im Stadt- oder Gemeinderat unterworfen.

Über das Vermögen des Bundes der Kommunisten Sloweniens und seiner Organisationen wurde nach den Worten des sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten Dr. Jože Pučnik bereits im ersten demokratisch gewählten Parlament 1990 kontrovers diskutiert. Doch im damaligen Dreikammer-Parlament, in dem die ehemaligen Kommunisten eine unglaubliche Obstruktionspolitik betrieben, setzten sich diese mit dem Willen durch, die Frage des Vermögens des Bundes der Kommunisten Sloweniens und seiner Organisationen noch nicht zu behandeln, da angeblich keine Klarheit über dieses Vermögen bestand. Damit gelang es, die parlamentarische Behandlung dieser Frage bis zu den Parlamentswahlen 1992 hinauszuzögern. Nach den Parlamentswahlen wurde diese Frage erneut und nicht nur einmal aufgeworfen. Im neuen Parlament wurde ein Gesetzesentwurf über die Verstaatlichung des

Vermögens der ehemaligen gesellschaftspolitischen Organisationen und somit auch des Bundes der Kommunisten Sloweniens eingebracht, doch wurde dieser Entwurf bereits in der ersten Lesung zurückgewiesen. Auch in dem 1992 gewählten Parlament ließen es die politischen Machtverhältnisse nicht zu, in dieser Frage Fortschritte zu erreichen. Dr. Jože Pučnik verweist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er als Parlamentsabgeordneter von der Regierung Auskunft über den Umfang des Vermögens des Bundes der Kommunisten Sloweniens und seiner Organisationen verlangte. Die Regierung teilte ihm schriftlich mit, sie fühle sich nicht verantwortlich für die Aufbewahrung dieser Unterlagen. Der Bund der Kommunisten Sloweniens schloß für seinen Vermögensanteil mit der slowenischen Regierung einen Vertrag ab. Gemäß diesem Vertrag übergab der Bund der Kommunisten Sloweniens das Gebäude des ehemaligen KP-Zentralkomitees dem Staat und bekam dafür eine Villa, in der früher das Arbeitsministerium untergebracht war. Dazu bekam er auch noch große Büroräume in der Slovenska ulica⁴ in Ljubljana. Die Rechtsgrundlage für dieses Geschäft zwischen der slowenischen Regierung und der Vereinten Liste⁵ als Nachfolgerin des Bundes der Kommunisten Sloweniens ist problematisch. Gerichtlich wurde darüber aber noch nicht entschieden.

Umgang mit Unterlagen der Geheimdienste und der herrschenden kommunistischen Partei

Die Archive der ehemaligen Geheimdienste (OZNA, UDBA⁶) sind nur teilweise erhalten. Viele Dokumente wurden in den Jahren 1950-1951, 1966 und auch noch später vernichtet. Vernichtet wurden vor allem Dokumente über Liquidierungen und Massengräber. Das, was von diesen Archiven erhalten blieb, befindet sich heute an zwei Stellen: Einen Teil hat das Slowenische Staatsarchiv, so wie es nach den ersten demokratischen Parlamentswahlen 1990 gesetzlich geregelt worden ist. Trotz dieser gesetzlichen Regelung befindet sich ein zweiter Teil des Archivs der ehemaligen Geheimdienste in den Händen des jetzigen slowenischen Geheimdienstes SOVA⁷. SOVA meint, daß er die Akten der ehemaligen Geheimdienste braucht, weil sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der jetzigen Tätigkeit von SOVA stehen. Hier gibt es einige Unklarheiten. Der sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete Dr. Jože Pučnik meint, daß es sich hier um besondere Beweggründe und Interessen der kommunistischen Kreise handelt, die versuchen, der Öffentlichkeit den Zugang zu den belastenden Dokumenten zu verwehren.

Das Archiv des ehemaligen Bundes der Kommunisten Sloweniens wurde auf der Grundlage des bereits erwähnten Gesetzes aus dem Jahre 1990 in vollem Umfange dem Staatsarchiv Sloweniens übergeben. Hier muß allerdings betont werden, daß die Verwaltung dieses Archivmaterials in den Händen jener Bediensteten verblieb, die es schon in der Zeit des kommu-

⁴ Slovenska ulica - Straße in Ljubljana.

⁵ Vereinte Liste der Sozialdemokraten (ZLSD) - Nachfolgerin des Bundes der Kommunisten Sloweniens.

⁶ UDBA (Uprava državne bezbednosti) - Staatssicherheitsdienst im kommunistischen Jugoslawien.

⁷ SOVA - Slovenska obveščevalno-varnostna agencija.

nistischen Regimes verwalteten. Die Schwierigkeiten, die aus dieser Tatsache resultieren, kann man sich gut vorstellen. Eine Gauck-Behörde, wie in Deutschland, gibt es in Slowenien nicht.

Weiterbeschäftigung von Funktionären der früheren Kommunistischen Partei im öffentlichen Dienst und im Wissenschaftsbereich

Zu dieser Frage ließe sich eine ganze Reihe von Leserbriefen anführen, in denen bestimmte Politiker, Wirtschaftler, Wissenschaftler, Journalisten, Kulturschaffende und andere, die sich heute schon wieder in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft befinden, an ihre kommunistische Vergangenheit erinnert werden. Die Schlüsselpositionen in der Politik und Wirtschaft haben in Slowenien ehemalige Kommunisten inne. Staatspräsident Milan Kučan war bis Dezember 1989 Chef der slowenischen Kommunisten. Sein Parteibuch hat er, wie er selbst sagt, einfrieren lassen. Ministerpräsident Dr. Janez Drnovšek war Vertreter Sloweniens im ehemaligen jugoslawischen Staatspräsidium und von Mai 1989 bis Mai 1990 jugoslawischer Staatspräsident. 1992 ließ er sich zum Vorsitzenden der "Liberalen Demokratie Sloweniens" (LDS), die damals noch Liberal-Demokratische Partei hieß, wählen. Die Liberal-Demokratische Partei ist aus dem Verband der slowenischen sozialistischen Jugend, also aus der Jugendorganisation des Bundes der Kommunisten Sloweniens, hervorgegangen. Der ehemalige Vorsitzende des Bundes der sozialistischen Jugend Sloweniens und später der Liberal-Demokratischen Partei, Jožef Školč, ist heute Präsident des slowenischen Parlaments. Der Präsident des Staatsrats, der zweiten Parlamentskammer, Dr. Ivan Kristan, ist ebenfalls ein ehemaliger Kommunist. Eine Reihe von Ministern kommt aus dem ehemaligen Bund der Kommunisten Sloweniens oder war mit ihm eng verbunden. Die slowenische Wirtschaft wird von "roten Direktoren", wie sie genannt werden, beherrscht. Gleiches gilt für das Finanzwesen, die Banken und die Diplomatie. Es gilt nach wie vor, was der Erzbischof von Ljubljana, Dr. Alojzij Šuštar, sagte: "Slowenien hatte bei der Wende 1990 keine neue Generation zur Verfügung, die die alten kommunistischen Kader hätte ersetzen können."

In einer "Analyse der politischen Situation in Slowenien vor den Parlamentswahlen 1996" stellte die oppositionelle Sozialdemokratische Partei Sloweniens fest, daß weiterhin wichtige und verantwortungsvolle zivile Posten, besonders beim Militär, im Polizeidienst, im diplomatischen Dienst und beim Geheimdienst, korrupten Personen angeboten werden, die früher in den Institutionen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien beschäftigt waren. Das führe zur Stärkung alter Bündnisse mit Belgrad, zum Austausch von geheimen Polizeiakten und zu einer direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sloweniens, stellte die Sozialdemokratische Partei Sloweniens fest.

Zu den Gewerkschaften in Slowenien war in dieser Analyse zu lesen: "Trotz mehrerer neuer Gewerkschaften ist es immer noch schwierig, von nennenswerten Fortschritten in diesem Bereich zu sprechen. Der 'Bund der Freien Gewerkschaft' unter der Führung des ehemaligen Kommunisten Dušan Semolič und einige andere Gewerkschaften sind im Grunde nur Satelliten des früheren regimetreuen Gewerkschaftsbundes Sloweniens. Diese

Gewerkschaften arbeiten mehr zum Wohle der Funktionäre und der Eigentümer als für den Schutz der Arbeiter. Der ehemalige Gewerkschaftsbund Sloweniens ist immer noch im Besitze seines einstigen Eigentums, was alte Gewerkschaftsstrukturen am Leben hält und verhindert, daß sich die Gewerkschaften auf neuer Grundlage formieren."

Slowenien befindet sich immer noch in der sogenannten Transition. Die Transition, so schreibt der slowenische Schriftsteller und Dramatiker, Drago Jančar, in seinem brillanten Essay "Die Fleischtöpfe Ägyptens", ist keine Übergangsperiode, wie sie die geschichtliche Zeit dieses Jahrhunderts nach Revolutionen oder Umstürzen kennt, sondern etwas gesellschaftlich Unvollendetes, Langwieriges und völlig Ungreifbares. Dann zitiert Jančar aus dem Buch "Das Imperium" von Ryszard Kapuściński und schreibt: "Mit Hilfe des Begriffs 'Transition' läßt sich heute alles erklären - von den Dingen, die nicht funktionieren, bis hin zu der Frage, warum die hohen Tiere von ehedem immer noch an der Macht sind."

Rezeption der Vergangenheitsbewältigung in der Bevölkerung, in den Medien und in der Wissenschaft

Die slowenische Bevölkerung hat zu der kommunistischen Ära ein gespaltenes Verhältnis. Meinungsumfragen zeigen, daß etwa drei Viertel der slowenischen Bevölkerung meinen, daß es sich hierbei um keine besonders gravierenden Probleme handelt, zumindest nicht im Vergleich mit den sozialen und wirtschaftlichen Problemen, mit denen sich Slowenien zur Zeit beschäftigt. Ein Viertel der slowenischen Bevölkerung vertritt dagegen eine ganz andere Meinung. Das ist auch verständlich, denn dieses Viertel ist direkt oder indirekt mit den Opfern des kommunistischen Regimes verbunden. Die Jugend zeigt an dieser Problematik kaum Interesse. Sie meint, das seien Fragen, mit denen sich die ältere Generation beschäftigen sollte.

Das Verhältnis der Medien zu dem Unrecht aus der Zeit der kommunistischen Herrschaft ist unterschiedlich. Einige Zeitungen ("Ljubljanski dnevnik", "Republika" und einige Wochenzeitungen) meinen, die Beschäftigung mit der Vergangenheit sei nicht wichtig. Diese Zeitungen schreiben z.B. über die Nachkriegsjahre vor allem aus der Sicht des Sensationellen, ansonsten aber befassen sie sich mit dieser Problematik nur am Rande. Einige andere Wochenzeitungen zeigen für diese Probleme mehr Verständnis. Sie veröffentlichen regelmäßig Informationen der Parlamentskommission zur Aufklärung der Nachkriegsmassaker, über neue Massengräber aus dieser Zeit, lassen die Opfer zu Wort kommen usw. Die Medien verschließen sich dieser Problematik nicht ganz, fraglich sind allerdings die Methoden, mit denen sie diese Probleme behandeln. Am meisten wird von den Menschen in Leserbriefen der slowenische nationale Rundfunk RTV Slovenija kritisiert. In bestimmten Sendungen des slowenischen Fernsehens, so ist in den Leserbriefen zu lesen, machen sich ehemalige OZNA-Mitarbeiter breit und sprechen über ihre Heldentaten aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, wobei aber jeder weiß, und dafür gibt es noch lebende Zeugen, daß sie bei den Verbrechen mitgewirkt haben. Am meisten sind die Menschen über öffentliche Auftritte des ehemaligen führenden OZNA-Offiziers und ehemaligen jugoslawischen Ministerpräsidenten, Mitja Ribičič, empört, der wegen seiner Mitwirkung bei

den Nachkriegsmassakern an Slowenen schon einige Male vor die Pučnik-Kommission zitiert worden ist, wo ihn sein Gedächtnis regelmäßig im Stich ließ. Ein Gerichtsverfahren gegen Mitja Ribičič und andere, die an Nachkriegsliquidierungen von Slowenen mitgewirkt oder dafür die Verantwortung getragen haben, hat bis heute nicht stattgefunden.

Kultur des Gedenkens

In den ersten Nachkriegsjahren muß es in Slowenien eine Reihe von Lagern gegeben haben, von denen aber eine breite Öffentlichkeit nichts oder kaum etwas wußte. Dieses Thema war tabu. Erst nach 1990 kam die Wahrheit tröpfchenweise ans Tageslicht - und auch hier in den meisten Fällen durch Leserbriefe, geschrieben von den Opfern selbst oder von deren Familienangehörigen. Erwähnt werden vor allem Lager in Teharje bei Celje, Šentvid bei Ljubljana, Rog bei Kočevje, Kohlegruben in Zasavje, Crngrob und natürlich eine ganze Reihe von Gefängnissen. Am schlimmsten wurde gemordet in Rog bei Kočevje (Kočevski rog) und in Teharje, aber auch in Vodiške gmajne zwischen Vodice und Spodnji Brnik (nördlich von Ljubljana an der Autobahn zwischen Ljubljana und Jesenice gelegen), in den Kohlegruben von Zasavje und anderswo. Mitte 1994 wurden Massengräber auf dem Preval oberhalb von Trbovlje in Zasavje gefunden. Sie liegen in steilen Abhängen, ähnlich wie in Kamniška Bistrica und in Sidol in der Tuhinjska dolina. Die Plätze mit den Massengräbern wurden aufgeforstet. Massengräber werden auch auf Pohorje in der Steiermark vermutet, wo die Kommunisten und ihre Partisaneneinheiten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Jahren danach besonders schlimm gewütet haben. Es handelt sich um den östlichen Teil des Pohorje-Gebirges zwischen Maribor und Hoče. Auf dem Golovec bei Celje wurde Anfang September 1996 ein neues Massengrab mit Opfern der Nachkriegsmassaker gefunden, bereits das dreißigste in Slowenien. Die Hände der Opfer waren mit Stacheldraht umwunden. Einheimische haben ausgesagt, das kommunistische Regime habe auf den Massengräbern den Bau von Häusern und Schulen erlaubt. An den Hinrichtungsstätten in Teharje wurde eine Mülldeponie angelegt. Vor einiger Zeit wurde in Teharje eine Gedenkstätte für die Opfer der kommunistischen Willkür errichtet.

Die meisten Massengräber befinden sich in Kočevski rog im Südosten Sloweniens. In den Wäldern von Kočevski rog wurden 10.000-15.000 slowenische "Domobranzi"⁸

⁸ Domobranzi - slowenische Heimwehr. Sie wurde gegründet, nachdem die slowenische KP den Volksbefreiungskampf für ihre kommunistische Revolution mißbrauchte und damit in Slowenien einen Bürgerkrieg anzettelte. Um sich gegen die kommunistischen Partisanen wehren zu können, nahm die Heimwehr die Hilfe (auch in Waffen) der deutschen Besatzungsmacht an. Kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs (April-Mai 1945) flüchteten die Angehörigen der slowenischen Heimwehr zusammen mit den Deutschen und versprengten Soldaten der serbischen und kroatischen Verbände, die an der Seite der Deutschen gegen die kommunistischen Partisanen gekämpft hatten, nach Kärnten in Österreich. Von dort wurden sie von den Engländern ab dem 24. Mai 1945 in mehreren Transporten an die Tito-Partisanen ausgeliefert. Die Ausgelieferten wurden mit wenigen Ausnahmen in den Wäldern von Kočevski rog hingerichtet. Tomaž Kovač (vermutlich Pseudonym), selbst Opfer dieser Transporte, der sich trotz Schußverletzung aus dem Massengrab in Kočevski rog retten konnte, beschreibt diese Tragödie in einem schmalen Buch, das 1968 im Selbstverlag in Buenos Aires erschienen ist.

abgeschlachtet. Das Gebiet von Kočevski rog war bis 1990, also bis zu den ersten demokratischen Parlamentswahlen in Slowenien, ein Sperrgebiet. Zugang zu diesem Gebiet hatte bis 1990 eigentlich nur der mittlerweile verstorbene Ivan Maček-Matija. Im Lexikon des Cankar-Verlags aus dem Jahre 1976 wird Ivan Maček (mit dem Partisanennamen "Matija") wie folgt vorgestellt:

"Gesellschaftspolitischer Arbeiter, während des Volksbefreiungskampfes Kommissar und Kommandant des Hauptstabs des Nationalen Befreiungskrieges und des Politischen Ausschusses für Slowenien, Leiter der OZNA für Slowenien, Mitglied des Slowenischen Volksbefreiungsrates und des Antifaschistischen jugoslawischen Volksbefreiungsrates, Volksheld, Organisationssekretär des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Sloweniens, Vorsitzender des Hauptausschusses der Partisanenverbände des Volksbefreiungskampfes (Veteranenverband), Vorsitzender der Versammlung der Sozialistischen Republik Slowenien (Parlamentspräsident) und Mitglied des jugoslawischen Föderationsrates."

Das also ist bzw. war der Mann, der die Hauptverantwortung für alles trug, was in Slowenien während des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren an kommunistischem Unrecht geschah. Für seine Untaten ist er nie zur Rechenschaft gezogen worden.

1990 hat an den Massengräbern in Kočevski rog die erste Gedenkfeier stattgefunden. Der Erzbischof von Ljubljana, Alojzij Šuštar, zelebrierte die Messe. Anwesend war auch der damalige Vorsitzende des slowenischen Staatspräsidiums und der jetzige Staatspräsident, Milan Kučan. Die Gedenkfeier sollte eigentlich eine Versöhnungsveranstaltung sein. Erzbischof Šuštar und Milan Kučan reichten sich die Hände. Es zeigte sich aber schon sehr bald, daß die alten kommunistischen Kader in dem nun demokratischen Slowenien nicht bereit waren, auch nur einen Schritt weiter zu gehen und zu einer tatsächlichen Versöhnung beizutragen. Kočevski rog ist zwar eine Gedenkstätte, die aber vornehmlich von den slowenischen Christdemokraten gepflegt wird. Im Augenblick wird dort auch eine Kirche gebaut. Die Initiative für den Bau der Kirche und deren Finanzierung kam von der SKD.⁹

Auf dem Zentralfriedhof von Ljubljana, genannt Žale, wurde bereits vor fünf Jahren ein sogenannter "Lindenbaum der Versöhnung" gepflanzt. Der Lindenbaum ist nämlich der Symbolbaum der Slowenen. Um diesen Baum versammeln sich alljährlich Slowenen, um der Opfer des kommunistischen Unrechts zu gedenken. Der Lindenbaum auf dem Zentralfriedhof Žale wurde in der Vergangenheit allerdings öfter abgesägt und die Gedenkstätte somit geschändet.

Die Anfertigung und das Anbringen von Gedenktafeln für die Opfer des kommunistischen Unrechts gestalten sich zum Teil sehr schwierig. Näheres darüber erfährt man eigentlich nur aus der slowenischen Zeitung "Slovenec", von der man behaupten kann, daß sie nicht unter dem Einfluß neokommunistischer Kräfte steht. In einem Artikel dieser Zeitung vom 24. Juni

⁹ SKD - Slowenische Christdemokratische Partei.

1994 ist zu lesen, daß die Frage der Gedenktafeln in Notranjska¹⁰ und Dolenjska¹¹ einigermaßen gut geregelt worden ist, wogegen es anderswo, vor allem in der Umgebung von Ljubljana und in Gorenjska¹², aus psychologisch bedingten Vorbehalten zu Unzulänglichkeiten kam. Aus vielen Gedenktafeln ist z.B. gar nicht ersichtlich, um welche Opfer es sich eigentlich handelt und wie es zu diesen Opfern überhaupt kam. Der Staat ist hier nicht besonders hilfreich. Noch schlimmer, so ist in diesem Artikel zu lesen, ist aber das Verhalten der Massenmedien, weil sie das Anbringen von Gedenktafeln und die damit verbundene Feierstunde, an der zahlreiche Menschen teilnehmen, in der Regel ignorieren.

Die nationale Versöhnung hat also in Slowenien noch nicht stattgefunden. Und es ist fraglich, ob es jemals dazu kommen wird, denn die slowenischen Kommunisten, die sich heute unter dem Mantel verschiedener politischer Parteien, vor allem aber der "Vereinten Liste der Sozialdemokraten" und der "Liberalen Demokratie Sloweniens", verstecken, haben bis heute noch nicht einmal den Mut gefunden, dem slowenischen Volk feierlich zu erklären, daß sie bedauern und alles tun werden, daß ähnliches nie wieder geschieht.

Die ehemaligen politischen Gefangenen und Lagerinsassen aus der Zeit der kommunistischen Herrschaft sind ihrerseits nach wie vor schlecht organisiert. Es existiert zwar ein "Verein der Opfer der kommunistischen Gewalt", der von einigen Idealisten aus den Reihen der Betroffenen geführt wird. Aber dieser Verein genießt fast keine öffentliche Unterstützung und Hilfe. Er organisiert von Zeit zu Zeit Versammlungen, die aber in der Regel nur von Betroffenen besucht werden. Somit bleibt alles in einem geschlossenen Kreis.

Das ehemalige Jugoslawien war nie sowjetisch okkupiert. Bis 1948 befanden sich zwar zahlreiche sowjetischen Instrukteure, Militärs und sonstige Experten auf jugoslawischem Boden, doch nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin 1948 beorderte die Sowjetunion alle ihre in Jugoslawien stationierten Leute nach Hause.

Einschätzung der Nachfolgeparteien des Bundes der Kommunisten Sloweniens

Es gibt zwei Nachfolgeparteien des Bundes der Kommunisten Sloweniens: die "Vereinigte Liste der Sozialdemokraten" unter der Führung des ehemaligen Vorsitzenden des Bundes der sozialistischen Jugend Jugoslawiens, Janez Kocijančič, und die "Liberaler Demokratie Sloweniens" und der Führung von Dr. Janez Drnovšek. Dazu gibt es noch einige "trojanische Pferde". Das sind politische Parteien, wie z.B. die "Slowenische Nationale Partei" unter der Führung von Zmago Jelinčič, die bei den letzten Parlamentswahlen 1992 die Aufgabe bekamen, mit nationalen und nationalistischen Parolen anderen demokratischen Parteien Wählerstimmen wegzunehmen. Das ist z.B. der "Slowenischen Nationalen Partei" auch

¹⁰ Notranjska - Gebiet im Südwesten Sloweniens.

¹¹ Dolenjska - Gebiet im Südosten Sloweniens.

¹² Gorenjska - Gebiet nördlich von Ljubljana bis zur slowenisch-österreichischen Grenze, bekannt auch als Oberkrain.

tatsächlich gelungen. Kaum jemand wußte, daß Zmago Jelinčič ein UDBA-Mann war. Im Parlament unterstützte seine Partei den neokommunistischen Block.

Daß die "Vereinte Liste der Sozialdemokraten", in der fast alle ehemaligen Kommunisten sitzen, unlängst in die Sozialistische Internationale aufgenommen wurde, ist schwer verständlich und vermutlich auf Unkenntnis bestimmter Fakten zurückzuführen. Damit ist ein Präjudiz geschaffen, auf das sich die PDS berufen kann, falls sie die Absicht hat, demnächst beim Generalsekretariat der Sozialistischen Internationale den Aufnahmeantrag zu stellen.

Ähnliches gilt für die "Libérale Demokratie Sloweniens". Diese Partei ist, wie bereits erwähnt, aus dem Bund der sozialistischen Jugend Sloweniens hervorgegangen. Auch diese Partei ist nichts anderes als eine postkommunistische, neokommunistische Partei. Und es ist ebenfalls schwer verständlich, daß diese Partei in die Liberale Internationale aufgenommen wurde und daß sie obendrein bei ihrem Kongreß 1993 in Maribor von dem deutschen Liberalen, Otto Graf Lambsdorff, beehrt worden ist.

Die Nachfolgeparteien des Bundes der Kommunisten Sloweniens haben sich verbal von den kommunistischen Verbrechen abgegrenzt. Aber diese Verbrechen werden von den kommunistischen Nachfolgeparteien immer noch als "Fehltritt, Fehler, Amtsmißbrauch und ähnliches" bezeichnet. Sie sind nicht bereit, die kommunistische Ideologie zu verurteilen, die zu diesen Opfern geführt hat. Sie sind ebenfalls nicht bereit, die Kommunistische Partei Sloweniens, die für diese Verbrechen politisch und rechtlich verantwortlich war, moralisch oder politisch zu verurteilen. Deswegen ist die Behandlung der slowenischen Nachkriegsgeschichte immer noch eine politisch brisante Frage, die nach wie vor zum Ausbruch öffentlicher Konflikte führt.

Sascha Petelin

Coming to Grips with the Communist Past in Slovenia

Bericht des BIOst Nr. 35/1997

Summary

Introductory Remarks

Five years after its declaration of independence, Slovenia has still not come to terms with its communist past. The crimes committed by the communist regime in the post-war period have not been expiated, little progress is being made in the reparation of communist injustice, the return of private property confiscated after the Second World War to its former owners is being retarded, formerly communal property is being arbitrarily privatised, if not to say misappropriated, the archives of the former secret services and of the former League of Communists of Slovenia are not readily accessible, and the particularly incriminating material has been destroyed.

The author knows almost all leading Slovenian politicians, economists, trade unionists, diplomats, journalists and intellectuals personally. Public statements made by these persons, and in particular their being elected into key positions, make it possible to draw certain conclusions. Any attempt to illuminate, at least in part, how people are tackling the communist past in Slovenia has to rely primarily on letters to the editor published in the newspapers. Further contemporary eyewitnesses are those politicians with a clean record who, as members of parliament themselves, are examining how the communist past is now being handled in Slovenia. Some useful information is also available from various associations in which the victims of the communist regime's arbitrary rule have joined together.

Findings

No attempt has been made in the Republic of Slovenia to date to prosecute acts of communist injustice. Though proceedings have occasionally been initiated against "offenders unknown", these have always come to a dead end, and none has come before a court. The reasons for this are ambiguous legal norms but above all the fact that the judiciary is determined not to deal with these offences.

A bill providing for reparations for communist injustice was brought before parliament by the Slovenian People's Party but was rejected in the second reading by the neo-communist side of the house. A bill on the same topic entered by the government would, if passed, bring politically persecuted persons no further benefit than formal recognition of their status.

Three years of work by the parliamentary commission of enquiry into the crimes committed by the communists against their own compatriots in the early years after the Second World War have produced no results. The offenders are known, but none of them has ever come to trial.

Of the private property confiscated under the communist regime, only 20 % is back in the hands of its legal owners.

The former communists, ensconced in the successor parties to the League of Communists of Slovenia, again have the say in Slovenia today. When independence came, there was no new generation of politicians in Slovenia to replace the old cadres. The last Party Congress of the League of Communists of Slovenia, held in December 1989, was a big bluff. The Slovenian communists used the Congress as an opportunity to "resign from power" in order to keep their power under a new guise - an incredible irony of history.

Although the Slovenian communists have kept hold of political power, Slovenian society has nevertheless become more democratic. The civil service has largely been de-politicised. In the local elections held in December 1995, the parties of the so-called "Slovenian spring" won a resounding victory, i.e. parties that had been victorious in the first democratic parliamentary elections held in Slovenia, in April 1990.

The assets of the former League of Communists of Slovenia and its organisations are still in communist hands. A bill to nationalise those assets was turned down in parliament.

The archives of the former secret services have survived only in part. Documents concerning, in particular, post-war liquidations and mass graves were destroyed. The archive of the former League of Communists of Slovenia has been handed over to the Slovenian State Archives. However, the curatorship of this archive material is still in the hands of the people that were in charge of it during the time of the communist regime.

The former communist officials are still in office in Slovenia today, many of them in top-level positions: the President, the Prime Minister, the president of the State Council (the second chamber of the parliament) are all former communists. Many more are in the diplomatic service, in the ministries, in the court system, in the business world, in the police service, in the armed forces, in the trades unions, and in the media.

The Slovenian populace's attitude to the communist era is a split one. Public opinion polls (which, however, are not very reliable in Slovenia) indicate that three quarters of all Slovenes do not think there are any particularly serious problems involved. They attach greater importance to the social and economic problems confronting Slovenia today.

Media treatment of communist injustice is diverse. Most of the media follow the government's line, that is to say they do not think it particularly important to delve into the past. But there are also other media that show more appreciation for this problem complex.

The media's prevailing attitude to the communist past and to communist crimes committed during the Second World War and in the early post-war years is particularly apparent in their coverage of mass grave discoveries, the unveiling of memorials, and other ceremonies to

commemorate the victims of arbitrary communist abuse. As a rule, the media ignore these events.

There has been no national reconciliation in Slovenia to date. The former communists, who are occupying key positions again today, have not even apologised for their misdeeds and for the injustices committed against their own countrymen, let alone made any reparation. On the other hand, the former political prisoners and camp inmates are poorly organised and receive no official support or assistance. The successor parties to the League of Communists of Slovenia have verbally disavowed the crimes of the communist regime, but they still refer to these as "lapses, errors, malversation and similar". They are not prepared to condemn the communist ideology that led to these crimes in the first place. And they are not prepared to condemn, neither morally nor politically, the Communist Party of Slovenia, that was politically and legally responsible for these crimes.